

RESOLUTION der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

anlässlich ihrer Klausursitzung in Berlin vom 11. bis 13. September in Berlin

Niemals schweigen, niemals wegschauen, niemals einstimmen - Widerstand gegen die Feinde der Demokratie

Anlässlich der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion vom 11. bis 13. September 2024 in Berlin und dem Besuch der Gedenkstätte Deutscher Widerstand bekräftigen wir, die Abgeordneten der SPD im Landtag Rheinland-Pfalz, in dieser Resolution unser Bekenntnis zum klaren Widerstand gegen Hass, Intoleranz, Hetze und extremes Gedankengut.

Das ist gerade aktuell nötig. Denn es gibt sie, die alten und die neuen Feinde der Demokratie, sie attackieren unsere Demokratie von innen und von außen – und sie werden stärker.

Aktuelle Verfassungsschutzberichte ergeben ein klares Bild: Die größte Bedrohung für die Demokratie sind der Rechtsextremismus und der Islamismus. Diese zwei Extreme wollen die Unfreiheit von Menschen, für sie steht einer über dem anderen, Männer über Frauen – und ihnen sind Gewalt und Terror als Mittel recht.

Hinsichtlich der deutschen Geschichte ist wichtig zu betonen, wie Rechtsextremisten und Populisten das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen untergraben, gesellschaftlichen Fortschritt attackieren und rassistische und staatsverachtende Tendenzen schüren.

Für uns liegt auf der Hand, worauf es nun für uns als Gesellschaft mittel- und langfristig ankommt – darauf, das allgemeine Zutrauen und Vertrauen in demokratische Prozesse und Institutionen zu stärken, sie zu verteidigen, zum Teil wiederaufzubauen. Es kommt auf Demokratiearbeit und Demokratiebildung an. Wir spüren das täglich, bei fast jedem Gespräch. Denn für uns bedeutet Demokratie auch immer Dialog.

In den Schulen und in außerschulischen Lernorten muss daher immer wieder das Wissen über unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gefördert und gefestigt werden. Wir müssen versuchen, alle Bürgerinnen und Bürger durch Demokratiebildung, Gedenkarbeit und Erinnerungskultur zu erreichen. Für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe müssen die verschiedensten Akteure zusammenarbeiten: Verbände, Vereine, Gewerkschaften, Kirchen, Gedenkstätten, Schulen und weitere Bildungsträger. Eine besondere Aufgabe kommt demokratischen

Fraktionen, insbesondere der SPD-Fraktion, zu: Wir leben vor, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Alter, ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft Teil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind. So leisten wir Widerstand gegen jede Form der Diskriminierung, des Antisemitismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Wo die Feinde der Demokratie ihr giftiges Gedankengut äußern, wo extremistische oder rechtsextreme Parolen geschwungen werden, wo sich Intoleranz und Ausgrenzung breitmachen, überall dort müssen und werden wir als sozialdemokratische Abgeordnete Widerstand leisten. Das gilt im Landtag, in seinen Gremien, aber auch vor Ort in Gesprächen – überall, wo wir für uns für eine solidarische Gesellschaft starkmachen.

Wir sind uns dabei unserer geschichtlichen Verpflichtung zum Widerstand gegen Hass und Hetze bewusst und wir wissen um die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – aber auch viele andere - die ihren Widerstand mit Exil, Vertreibung, ihrer Gesundheit oder dem Leben bezahlt haben. Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand dokumentiert eindrucksvoll die gesamte soziale Breite und weltanschauliche Vielfalt des Kampfes gegen die nationalsozialistische Diktatur. Jenen Menschen, die in unterschiedlichster Form Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisteten, wird in beeindruckender Weise durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand ein Andenken gesetzt.

Auch heute gilt: Widerstand gegen die Feinde der Demokratie

Seit über 160 Jahren stehen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den deutschen Parlamenten und darüber hinaus für Demokratie und Freiheit ein.

Am 29. April 1933 stimmen die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten aus der Pfalz im bayrischen Landtag mit ihrer SPD-Landtagsfraktion gegen das dortige Nazi-Ermächtigungsgesetz, das „Gesetz zur Behebung der Not des bayerischen Volkes und Staates“.

„In einer stürmisch verlaufenen Sitzung“, (...) besaß der SPD-Sprecher Albert Roßhaupter den Mut, sich im Namen der 16 sozialdemokratischen Mitglieder des Landtags (...), dem von allen anderen Parteivertretern anerkannten Machtanspruch der Nazis zu verweigern. (...) „Wir halten die Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Freiheiten für eine absolute Notwendigkeit (...). Seine Partei (...) mit dieser Vergangenheit, (...) kann man mit Zwangsgewalt vorübergehend unterdrücken, man darf aber nicht erwarten, dass sie feige ...ihre Fahne verraten.“

Aus „Verfolgung – Emigration – Widerstand“ Pfälzische Sozialdemokraten unter der Naziherrschaft in „Die Pfälzische Sozialdemokratie“

Am 10. März 1933 drangen SA- und SS-Männer in das Oppauer Rathaus ein und hissten aus dem Fenster die Hakenkreuzflagge. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Oppau, Rudolf Zorn, eilte ins Rathaus und versuchte, von den bewaffneten Nationalsozialisten bedroht, die Fahne aus dem Fenster zu stoßen.

„Ich sah, die Umstehenden auch, wie sich für Augenblicke die Fahne aus dem Fenster senkte, sah, wie der mir gut bekannte Sozialdemokrat und Reichsbannermann Georg Hüter, 63 Jahre alt, als einziger aus der erstarrten Menge trat, ruhig, entschlossen die ersten Stufen der Rathauptreppe hinaufging, sah, wie er sich nach der Fahne reckte, sie aber nicht erreichte. Als er dies ein weiteres Mal, wieder vergebens versuchte, peitschten vom Rathauseingang her drei Schüsse. Noch nicht begreifend, aber dann volle Entsetzen, sah ich Georg Hüter getroffen zusammensinken, sah ihn lautlos sterben.“

Aus den Erinnerungen von Günther Janson, aus „Die Pfälzische Sozialdemokratie“ und im Gedenken an Georg Hüter (1870-1933), Sozialdemokrat, Handwerker und Oppauer Bürger

Wir arbeiten bis heute, zusammen mit allen Demokratinnen und Demokraten in unserem Land, mit daran, dass unser Land ein starker Rechtsstaat ist, getragen von einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft.

Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität können nur in einer Gesellschaft stark sein, die auf Menschenrechten, universellen Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit aufgebaut ist. In unserer Demokratie wird die Mehrheitsbildung in einer diversen und offenen Gesellschaft organisiert: Unsere Demokratie schützt die Rechte von Minderheiten.

Aber unsere Demokratie ist verletzlich. Sie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann. Deshalb braucht sie leidenschaftliche Demokratinnen und Demokraten. Deshalb müssen wir auch heute Widerstand leisten, wenn die Demokratie in ihren Grundfesten attackiert wird. Wir alle müssen unsere Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen. Der Widerstand gegen Angriffe muss sichtbar und wahrnehmbar sein, denn unsere Demokratie existiert und besteht nicht einfach von selbst, nur, weil wir uns ziemlich gut an sie gewöhnt haben.

Wir sind davon überzeugt, dass eine funktionierende Demokratie eine starke Zivilgesellschaft benötigt, die wir daher umfassend unterstützen. Denn Verbände, Vereine und weitere Organisationen tragen zu einem lebendigen Gemeinwesen und einer Stärkung des Zusammenhalts vor Ort bei. Es gilt daher, das zivilgesellschaftliche Engagement weiter zu fördern – finanziell, organisatorisch und ideell.

Das Fundament ist: Demokratie, das sind wir alle! Die Menschen, die in unserem Land leben, die sich einbringen, unser Zusammenleben prägen, die sich dafür interessieren,

wie sich unsere Gesellschaft entwickelt. Die mitbestimmen, sich einmischen, ihre Meinung sagen, Ideen einbringen und aktiv sind, wo Menschen zusammenkommen. Die jüngsten zivilgesellschaftlichen Demonstrationen für unseren demokratischen Rechtsstaat und gegen rechtsextremistische Bestrebungen zeigen deutlich, welche Kraft in der demokratischen Mitte unserer Gesellschaft steckt.

Im August 2021 stellt der Verein Demos e.V. aus dem Westerwald, nachdem der AfD Spitzenkandidat Sebastian Münzenmeier einen Besuch in der Fassfabrik, der Hachenburger AfD-Zentrale, unterstützt von SPD, Grüne und Linke eine Mahnwache auf, organisieren Widerstand.

„Wir haben unser Lebensbekenntnis zum Ziel unseres Vereins gemacht, indem wir uns für Demokratie, Menschenrechte, Offenheit und Solidarität einsetzen. Die Menschenrechte sind die Grundlage jeder zivilisierten Gemeinschaft. Aus ihnen entspringt die Demokratie. Ohne Offenheit gegenüber Neuem und Solidarität untereinander verkommt sie jedoch zu einem bloßen Lippenbekenntnis - und plötzlich scheinen Menschenrechte wieder verhandelbar. Wir leben unsere Werte und teilen sie mit unseren Mitmenschen. Stärken sie dort, wo sie schwach werden, und etablieren sie, wo sie nicht vorhanden sind. Nationalismus, Fremden- und Minderheitenfeindlichkeit treten wir aktiv entgegen. ...“

Selbstbeschreibung des Vereins DEMOS e.V. auf demos-ww.de

Auch heute gilt es für die sozialdemokratischen Abgeordneten im rheinland-pfälzischen Landtag, ihre Stimme gegen Hass und Hetze zu erheben. In einer starken Gemeinschaft von Demokratinnen und Demokraten wollen wir Widerstand leisten.

„... ich lasse es Ihnen hier, als Demokrat und als Mensch in diesem Staat nicht durchgehen, dass Sie Antisemitismus und das Leid von Jüdinnen und Juden für parteipolitische Ränkespiele nutzen (...). Wir Demokratinnen und Demokraten dürfen das nirgendwo widerspruchslos stehen lassen und werden das auch nicht tun (...). Deshalb kann man nur dazu aufrufen: Demokratinnen und Demokraten, hakt Euch unter. Lasst solchen Parteiideologismus nicht widerspruchslos stehen, und stellt Euch für die Menschlichkeit und das Zusammenleben in unserer Demokratie.“

Aus der Rede von Sven Teuber, MdL anlässlich der Beratung des Antrags „Kein Platz für Israelhass und Antisemitismus an unseren Schulen – Hamas-Terror, Nahostkonflikt und historische Verantwortung Deutschlands im Unterricht thematisieren“ im Landtag Rheinland-Pfalz am 25. Januar 2024

Niemals schweigen, niemals wegschauen, niemals einstimmen.

Widerstand im Nationalsozialismus war verbunden mit permanenter Gefahr für Leib und Leben. Er erfolgte von Wenigen gegen eine übermächtige und skrupellose Diktatur. Soweit darf es nie wiederkommen. Deswegen gilt es, jetzt Widerstand zu leisten. Von Vielen und aus einer Position der Stärke. Dafür stehen wir ein.

Widerstand gegen die Feinde der Demokratie ist und bleibt unser Anspruch - auch und insbesondere in einer zunehmend von Migration und Diversität geprägten Gesellschaft, die sich auf universelle Menschenrechte bezieht.

Widerstand gegen die Feinde der Demokratie wird sich auch in Zukunft auf dem Prinzip der Toleranz als Grundlage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit herleiten.

Widerstand gegen die Feinde der Demokratie war und ist immer der Einsatz für die Menschenrechte, insbesondere, wenn diese gefährdet oder gar verletzt werden.

Widerstand gegen die Feinde der Demokratie hat immer die Vielfältigkeit von Menschen und Gruppen geachtet und wird diese immer achten.

Widerstand gegen die Feinde der Demokratie bedeutet für uns auch: Argumente, Fakten, Wahrheit und Transparenz gegenüber Lügen, Verschwörungstheorien, Hass und Hetze. Argumente, Fakten, Wahrheit und Transparenz als Angebot und Einladung an all jene, die gesprächsbereit sind, sich nicht vereinnahmen lassen wollen, demokratische und rechtsstaatliche Überzeugungen bewahren wollen und so verfestigte Positionen überwinden können.

Widerstand gegen die Feinde der Demokratie ist und bleibt der Mut zum Handeln in einer kritischen Situation.